

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1923

93 (10.8.1923)

Ersteinst
Montag, Mittwoch und
Freitag.

Bezugs-Preis:

Durch die Post bezogen und durch
den Briefträger u. andere Ausbringer
ohne Befestigung
monatlich 20 000.— Mk.
Der Bezugspreis ist im Voraus zu
entrichten.
In Fällen von höherer Gewalt be-
steht kein Anspruch auf Erstattung der
Zeitung oder auf Rückzahlung des
Bezugspreises.

Geschäftszeit 10-6 Uhr, Sonntags
geschlossen.

Fernsprechanschluß Nr. 11.

Postfach-Nr. 6902.
Karlstraße Nr. 6902.

Nr. 93.

Der Landbote

Sinsheimer



Zeitung

Gründet
1839

General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Freitag, den 10. August 1923.

84. Jahrgang

Anzeigen-Preise:
Anzeigen: Die 42 mm breite
Millimeter-Zeile 2000.— Mk.
Familien-Anzeigen 1000.— Mk.
Reklamen: Die 87 mm breite
Millimeter-Zeile 6000.— Mk.
Anzeigen mit Bekadrage oder
Auskunft 6000.— Mk. Sonderbe-
günstigung. Alle Preise freibleibend.
Grundschrift im Anzeigen- und
Textteil ist Petit.
Bei Wiederholungen tariffreier
Rabatt, der bei Nichtzahlung inner-
halb 8 Tagen nach Rechnungs-
datum aber bei gerichtlicher Be-
treibung und bei Konkurs erlischt.
Platzvorschriften werden nicht an-
erkannt und für Aufnahmen an
bestimmten Tagen sowie für tele-
phonische Aufträge keine Gewähr
übernommen.
Anzeigen-Aufnahme bis 8 Uhr
vormittags; größere Anzeigen müssen
am Tage vorher aufgegeben werden.

Die Kanzlererklärung im Reichstag.

Auf uns selbst angewiesen und Festhalten
am passiven Widerstand.

Berlin, 8. August. Am Regierungstisch Reichskanzler Dr. Cuno, Innenminister Dr. Dezer, Wirtschaftsminister Dr. Becker, Außenminister v. Rosenburg, Finanzminister Dr. Hermes, Arbeitsminister Dr. Brauns, Wehrminister Dr. Geßler. Das Haus ist gut besetzt, die Tribünen überfüllt. In der Diplomatenloge wohnen zahlreiche ausländische Vertreter den Verhandlungen bei.

Auf der Tagesordnung steht die Beratung der neuen Steuergeetze: das Gesetz zur Erhebung eines Rhein-Kuhr-Opfers, das Steuerzinsgesetz, das Verbrauchsteuergesetz und die Vorlage über die Erhöhung der Vorauszahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 20 Min. und betont dabei, das Parlament müsse rasche Arbeit leisten, wenn die erhoffte Besserung noch kommen soll. Der Präsident gedenkt dann, während die Abgeordneten sich von ihren Plätzen erheben, des Ablebens des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Harding. Er habe bereits dem amerikanischen Botschafter von der Teilnahme des Reichstages Kenntnis gegeben. Präsident Löbe äußert dann den Wunsch, daß Amerika sich davon überzeugen möchte, welche große Verdienste es sich um die Menschheit erwerben könnte, wenn die größte und einflussreichste Republik der Erde ihre Mithilfe für die Gesundung und Befreiung der Welt leihen würde. (Beifall.)

Der Präsident teilt dann mit, daß der Abgeordnete Heermann (Str.) am Erscheinen verhindert ist, da er die Ausreiseglaubnis nicht erhalten habe.

Daraufhin erhält das Wort

Reichskanzler Dr. Cuno

der zunächst von den Kommunisten am Sprechen verhindert wird durch Zurufe: „Der Ausschussrat der Stinnes-Konzerne hat das Wort!“ „Schwindler, Betrüger!“ „Abtreten!“ „Der lebendige Leichnam redet!“ „Sie sind ein Verbrecher am deutschen Volke!“ „Anhaltende Unruhe auf allen Seiten des Hauses. Zurufe rechts: „Raus mit den Ausländern!“

Der Abg. Fröhlich (Rom.) erhält zwei Ordnungsrufe. Präsident Löbe macht darauf aufmerksam, daß er bei weiterer Nichtbefolgung seiner Mahnung eine gröbliche Verletzung des Hauses als vorliegend annehme und die Ausweisung der betreffenden Abgeordneten vorsehen werde. (Lebhafte Beifall.)

Reichskanzler Dr. Cuno beginnt nun seine Rede und erinnert daran, daß am Samstag das deutsche Volk seinen Verfassungstag begehen werde. Die französische Fabel von der friedlichen Ingenieurkommission und der produktiven Pfänder lasse sich heute nicht mehr aufrechterhalten. Trotz aller Drangsalierungen werde die Bevölkerung an Rhein und Ruhr an dem passiven Widerstande festhalten. (Beifall bei der Mehrheit.) Die Entscheidung liegt jetzt bei England, aber es wäre zwecklos und gefährlich, in diesem Augenblick sich über die Einzelheiten der englischen Aktion zu verbreiten oder Kombinationen daran zu knüpfen. Wir dürfen nicht an Wunder, sondern

müssen an uns selbst glauben.

(Beifall.) Wir haben immer den Willen zur Verständigung mit Frankreich klar bewiesen, aber Frankreich will, daß wir vor jeder Verhandlung den passiven Widerstand aufgeben. Wir sollen also das Rheinland den Franzosen auf Gnade und Ungnade ausliefern. Das ist eine Forderung, auf die die Regierung nicht eingehen kann. (Lebhafte Beifall.) Zu dieser Unmöglichkeit kommt noch eine Kette weiterer Unmöglichkeiten. Frankreich brauche zur Verwirklichung seiner Gewaltpläne eine neue Unterschrift, die Deutschland dann wie ein Klotz am Bein nach sich schleppen müsse. Man würde uns zur Unterschrift ein Dokument vorlegen, das so ausgeklügelt wäre, daß es alles nachholte, was nach französischer Auffassung im Versailler Vertrag fehle.

Wir können die Gewaltpläne des Herrschers und Verderbers von Europa. Wir sind Frankreich gegenüber nur auf uns selbst angewiesen. Zur Erhaltung des Bestandes unseres Landes müssen wir jedes, aber auch jedes Opfer bringen. Wir wollen festhalten an dem gewaltlosen passiven Widerstand frei von sinnlosen Gewalttaten.

Der Reichskanzler geht dann auf die innere Politik, vor allem auf die Wirtschaftslage ein. Die Gesundung unserer Wirtschaft müsse erreicht werden ohne Rücksicht auf irgend einen Stand oder bestimmte Wirtschaftskreise.

Bei diesen Worten erhebt sich bei den Kommunisten ein großer Lärm. Die Kommunisten Fröhlich und Koenen rufen: „Sie Bankrotteur!“ Der Lärm steigert sich nach Gegenseiten von rechts. Der Präsident erucht die kommunistischen

Jurifer, in dieser Zeit der Not dem Volke nicht noch das Bild der Zuchtlosigkeit unter den Abgeordneten zu bieten. Trotz der Mahnung des Präsidenten setzt sich der Lärm noch minutenlang fort, bis der Reichskanzler fortfahren kann.

Die nächsten Vorschläge der Regierung würden eine weitere Verschärfung der Steuergeetze mit sich bringen; außerdem seien werbeständige Anleihen in Vorbereitung, vor allen Dingen müsse die Tätigkeit der Notenpresse eingeschränkt werden und überflüssige Einfuhr unterbleiben.

Unsere Wirtschaft sei mit allen Mitteln zu fördern. Soweit in den einzelnen Wirtschaftszweigen der Weltmarktpreis erreicht ist, sei die Tätigkeit der Außenhandelsstellen überflüssig geworden.

Die Reichsbank stehe vor wichtigen währungspolitischen Aufgaben, die mit Vorsicht und Entschlossenheit geführt werden müssen.

An die Landwirtschaft müsse die bringende Mahnung gerichtet werden, auch in der Lieferung der Lebensmittel ihre Pflicht zu tun.

Die Arbeitgeber aller Stände sollen der Geldentwertung bei Bemessung der Gehälter und Löhne Rechnung tragen. Unser Volk sei nach dem Krieg viel ärmer geworden; mehr Sparbarkeit und mehr Arbeit sei erforderlich. Die Regierung stehe auf ihrem Posten. (Gelächter und Lärm, Zurufe bei den Kommunisten.)

Das vaterländische Bewußtsein müsse heute ein Band der Einigkeit sein. Die Verfassung gebe den Ländern die Möglichkeit zur Entfaltung ihrer Verschiedenheiten. Diese Verschiedenheiten dürfen aber nicht zu einer Gefahr für die Außenpolitik des Reiches werden. (Unruhe.) Eine erfolgreiche Außenpolitik könne nur betrieben werden, wenn der Reichstag hinter einer starken Regierung stehe. (Lärm bei den Kommunisten und Rufe: „Cuno der Starke!“)

Der Kanzler erinnert daran, daß es nun schon mehr als 8 Monate her sei, daß er sein Amt übernommen habe. Er habe es nur getan, weil er dem Vaterlande dienen wollte. (Beifall bei der Mehrheit.) Er könne seine Kraft für das Vaterland nur allein widmen, wenn er das Vertrauen des Reichstages habe, nicht einen Tag länger. (Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit. Lärm bei den Kommunisten.)

*

Dem Inhalt in der heutigen Kanzlerrede waren von vornherein insofern gewisse Grenzen gezogen, als sie außenpolitisch davon absehen mußte, irgendwie in den Gang der französisch-englischen Verhandlungen über die Ruhr- und Reparationspolitik eingzugreifen. Der Kanzler mußte deshalb, abgesehen von den finanzpolitischen Ausführungen, die im Wesentlichen einen politischen Kommentar zu dem schon bekannten Finanzprogramm der Regierung darstellten, sich darauf beschränken, die Stellung Deutschlands im Rahmen der Welt-politik in großen Zügen zu skizzieren. Es ist dankenswert, daß der Kanzler die Politik des Kabinetts Baldwin zum erstenmal hier in ungeschminkter Weise zeichnete. Er zögerte nicht, die Schwankungen der englischen Politik und die fortgesetzten Konzessionen Englands an Frankreich, kurz die Unzuverlässigkeit der englischen Politik mit dem richtigen Namen zu nennen. Dies trifft besonders auf die englische Stellungnahme zu der Frage des passiven Widerstandes zu. Der englische Antwortentwurf, der in dieser Angelegenheit dem französischen Standpunkt stark und in vollem Umfang Rechnung trug, gab dem Kanzler Gelegenheit, noch einmal den deutschen Standpunkt klarzulegen, der auch englischen Beeinflussungsversuchen gegenüber gänzlich unzugänglich sein muß, weil eben die Aufgabe des passiven Widerstandes ohne Räumung des Ruhrgebiets gleichbedeutend wäre mit der deutschen Kapitulation, d. h. mit dem Selbstmorde Deutschlands. Das Haus nahm diese grundsätzliche Erklärung mit ungeteiltem Beifall auf. Der Eindruck, den die Rede des Reichskanzlers und die sachlichen Ausführungen des Reichsfinanzministers in den politischen und parlamentarischen Kreisen Berlins hervorgerufen haben, geht dahin, daß an eine Regierungskrise, von der in den letzten Wochen so viel gesprochen wurde, jetzt nicht zu denken ist. Das Finanzprogramm der Regierung, wie es Kanzler und Finanzminister heute entwickelten, entspricht auch den Wünschen der sozialdemokratischen Partei in so weitgehendem Maße, daß diese Partei ebenso wie die bürgerlichen Parteien sich auf den Boden der Reichsregierung stellen wird, vorausgesetzt, daß diese das Finanzprogramm rasch und gründlich zur Durchführung bringt. Die Worte des Kanzlers am Schluß seiner heutigen Rede, wo er von seinem Verhältnis zu den Parteien des Reichstages spricht, sind dahin zu interpretieren, daß Dr. Cuno für sich und sein Kabinett zwar nicht die eigentliche Vertrauensfrage stellen wird, daß er aber eine zustimmende Erklärung des Reichstages zu seinem sachlichen Programm verlangt.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes

begründet dann die neuen Steuervorlagen. Niemals seit Abschluß des Versailler Vertrages seien solche Eingriffe in die deutsche Staatshoheit, das deutsche Finanzwesen und die deutsche Landwirtschaft vorgenommen worden, wie in den letzten Monaten. Das Reich hat durch den Ruheinfall nicht nur erhebliche Lasten zu tragen, sondern auch einen großen Einnahmeausfall erlitten. Besonders ungünstig sei die Lage bei der Reichspost. Der mit einer Billion veranschlagte Fehlbetrag der Reichspost wird wahrscheinlich noch höher werden. Zur Erreichung gesunder wirtschaftlicher Verhältnisse bei den Betriebsverwaltungen sei die Einführung wertbeständiger Tarife geplant und zwar bei der Reichsbahn am 1. September und bei der Reichspost am 15. September. Deutschland habe an Leistungen aus dem Versailler Vertrag bisher

6 Billionen an Geld und Sachleistungen

aufgebracht. (Lebhafte Hört, Hört!) Es muß immer wieder vor aller Welt betont werden, welche ungeheuren Leistungen Deutschland trotz seiner Vergewaltigung getätigt habe.

Der Minister beschäftigte sich dann mit den vorliegenden Steuergeetzen. Im einzelnen führt er an, daß auf 100- und 140fache erhöhte Vorauszahlungen für die Einkommen- und Körperschaftsteuern durch die Geldentwertung längt überholt seien. Es sei daher

eine weitere außerordentliche Erhöhung

erforderlich. Die Nachteile, die dem Kleinhandel aus der Art der Nachversteuerung bei der Tabaksteuer erwachsen, würden beseitigt werden. Weitere Steuerquellen seien nötig; man wird sich im Ausschuss damit beschäftigen müssen.

Im Herbst werde bei einer Reform der Einkommensteuer auch die Frage der Goldbilanz und Goldzahlungen geprüft werden müssen. Schon jetzt seien Sachverständige mit der Frage beschäftigt, ob sich eine Festmarkrechnung einführen lasse. Die Meinungen seien darüber allerdings sehr geteilt.

Eine Neuregelung bedürfe auch das finanzielle Verhältnis des Reiches zu den Ländern und Gemeinden. Eine bessere Ausschöpfung der Steuerquellen der Länder sei notwendig; darum sollen Ländern und Gemeinden eine größere Selbstständigkeit auf dem Gebiete der Einnahmen gewährt werden. Die neue Goldanleihe wird bis zu dem Betrage von 500 Goldmark durch Zuschläge zur Vermögenssteuer gesichert werden. Durch die Befreiung von Börsenumsatz- und Erbschaftsteuern wird die Anleihe steuerlich begünstigt. Durch die neuen Schatzanweisungen will man eine Befriedigung des allgemeinen Bedürfnisses nach wertbeständigen Anlage-möglichkeiten erreichen. Das Reich könne aber eine Garantie nur übernehmen, wenn der Etat in Ordnung gebracht wird. Daher seien die neuen Steuerfäge erforderlich. Gefunde Verhältnisse werden allerdings erst eintreten, wenn die Ruhrbesetzung durch einen unparteiischen Spruch über den Umfang unserer Reparationsverpflichtungen abgeschlossen wird. Durch die Erledigung der Steuervorlagen müsse der Welt bewiesen werden, daß wir nach Möglichkeit finanzielle Ordnung bei uns schaffen wollen. (Beifall bei der Mehrheit.)

Eine Rede des Außenministers.

Berlin, 9. August. Nach der Aussprache über die Rede des Kanzlers ergriff der Außenminister das Wort. Der Reichsminister des Neuhern erklärt, daß die Eigenart der Stunde darin liege, daß bedeutsame Veröffentlichungen über die brennendsten Probleme des Tages vor der Türe stehen, und ihnen wichtige neue Schritte anscheinend folgen werden. Ein Wendepunkt in der europäischen Geschichte sei vielleicht bevorstehend. Deshalb sei größte Zurückhaltung peinlichste Pflicht. Zu frühe laut gewordene Worte können nur schaden. Die Schweigsamkeit nach der Absendung des letzten Memorandums sei für die Regierung selbst ein Opfer und für das deutsche Volk eine schwere Belastung gewesen. Politik dürfe aber erstens nicht mit Geschäftstätigkeit und zweitens nicht mit Untätigkeit verwechselt werden. Ueber

das französische Ziel

bestehe heute kein Zweifel mehr. Man wolle das wirtschaftliche, politische und soziale Chaos in Deutschland. Als man im Jahre 1919 in Rumänien ungarisches Eigentum angreifen wollte, habe der Oberste Rat es verhindert. Was man damals schwarz interpretierte, interpretiere man heute weiß und niemand in der Welt protestiere gegen diese Rechtsverhöhung.

Die Ruhrbesetzung sei wegen geringfügiger Lieferungs-rückstände verfügt worden, obwohl Deutschland bis dahin schon 45 Goldmilliarden geleistet hatte. Ein Gutachten des wirtschaftlichen Instituts in Washington habe die deutsche Berechnungsweise gegenüber der der Reparationskommission als die richtige erklärt. Deutschland habe mit seiner Note vom 2. Mai den ersten Schritt zur Befriedung gemacht. Daß ihre Form für die Annahme nicht entscheidend war, sei dadurch bewiesen, daß auch das Memorandum vom 7. Juni bis heute noch unbeantwortet geblieben sei. (Hört, hört.)

Das Bestreben, ein Band friedlicher Verständigung um die Völker zu schlingen, begegne auch in Deutschland ungeteilter Sympathie.

Der Völkerbund könne aber als Verkörperung dieses Gedankens nicht anerkannt werden, zumal nach den Erfahrungen die Deutschland mit ihm gemacht hat. (Zustimmung.) Seit der Aera des Völkerbundes wird schwer Mißbrauch mit Gewalt getrieben, wie sie Europa schon lange nicht mehr gesehen hat.

Die Waffe des Reiches, die die Bevölkerung an Ruhr und Rhein stärkt, wird siegreich sein gegenüber der Militärkommission, die unsere Unterwerfung will.

Ziel unserer Politik

sei die Unverletzlichkeit des deutschen Bodens, seine Rückkehr in die freie deutsche Verfügung, Wiederherstellung vertragsmäßiger Zustände im Rheinland, Befreiung der Verhafteten, Rückkehr der Vertriebenen und eine Lösung des Reparationsproblems, das unsere wirtschaftliche und soziale Existenz nicht vernichtet.

Dafür, daß die Kraft der besetzten Gebiete nicht erlahmt, dafür haben wir im unbefetzten Gebiete zu sorgen.

Frankreichs Siegeshoffnung.

Paris, 9. August. Die Rede des Reichskanzlers hat in hiesigen orientierten Kreisen keine Überraschung hervorgerufen, da man nichts anderes erwartet hatte. Sie wird von den Nationalisten, die eine deutsche Initiative zur Herbeiführung einer direkten Verständigung mit Frankreich fürchten und den völligen Zusammenbruch herbeiwünschen, freudig begrüßt, während die Organe derjenigen Kreise, die eine deutsch-französische Verständigung für notwendig halten, ihre Enttäuschung nicht verbergen.

Wahrheiten aus faschistischem Munde.

Rom, 9. August. In einem Kommentar des Popolo d'Italia, offiziellen Organs der faschistischen Partei, wird über die italienische Note, die in London überreicht wurde, gesagt, daß es Situationen gebe, die man nicht nach Milliarden, die auf dem Papier stehen, beweisen kann.

Wenn die Schatten weichen.

Roman von Ferdinand Kunkel.

1) Nachdruck verboten.

1. Kapitel.

Da lag man seine Berufung vor ihm. Es war ihm fast wie ein Traum, daß er die Oberlehrerstelle in Rattenhausen erhalten hatte, er, der doch noch verhältnismäßig jung war und sicher viele ältere und bewährtere Kräfte als Konkurrenten gehabt hatte.

Mag kam dann auch in Gedanken zu dem Augenblick, wo er den ersten geistigen Waffengang mit dem jungen Hilfslehrer ausgefochten hatte, als ihm nach seiner Meinung ein Fehler im lateinischen Extemporale zu Unrecht angestrichen worden war.

aber zurück. Baldwin gab dann ein halbes Versprechen, das aber weit davon entfernt war, eine wirkliche Verpflichtung darzustellen. Das Abkommen unter den Alliierten, das zum Wiederaufbau Europas hätte führen können, scheiterte an der Frage der gegenseitigen Schulden.

Englands neue Note fertig.

Der letzte Versuch zur Verständigung. — Sonst Zurückziehung von Europa.

London, 9. August. Das Kabinett hat heute in einer dreistündigen Sitzung den Text der Antwortnote an Frankreich und Belgien festgesetzt. Die Note werde noch im Laufe dieser Woche den Regierungen überreicht werden.

Eine Neuernote betont heute, daß die englische Regierung mit Genugtuung aus der Rede des Reichskanzlers entnommen habe, daß Deutschland gar nichts mehr von einer englischen Vermittlung erwarte.

Man sei in England aber der Ansicht, daß Deutschland auf dieses Schriftstück eine Antwort erhalten müsse, und zwar, wenn irgend möglich, eine gemeinsame Antwort der ganzen Entente.

Zubelnde Schadenfreude in Polen.

Warschau, 9. Aug. In sichtbarer Schadenfreude und in marktschreierischem fettern Letztern veröffentlicht die geistreiche hiesige Presse die tollsten Marmgerüchte aus und über Deutschland.

des Nachbarn, wenn man auch selber mitgerissen wird, und dies nennt man hierzulande „gefunde nationale Politik“.

Völkerbund und Abrüstung.

Papierene Beschlüsse.

Paris, 7. August. Der zeitweilige gemischte Ausschuss des Völkerbundes für die Abrüstungsfrage hat seine Beratungen über die Regelung von Sonderdefensivabkommen in ihrer Beziehung zum Hilfsvertrag gestern nachmittag fortgesetzt.

1. Die vertragschließenden Nationen sind sich gegenseitig wirksame Hilfe nach einem im voraus aufgestellten Plane schuldig.

2. Die Staaten bestimmen in voller Unabhängigkeit über die Herabsetzung ihrer Rüstungen. Diese Herabsetzungen bleiben stets im richtigen Verhältnis zu der durch die Sonderdefensivabkommen und den allgemeinen Hilfsvertrag gewährten Sicherheit.

Die Verhandlungen des Ausschusses werden wahrscheinlich noch den ganzen heutigen Tag in Anspruch nehmen. Die Vertragsentwürfe würden dann am Donnerstag wahrscheinlich nach der zweiten Lesung veröffentlicht werden.

Der Ruhrkrieg.

Die Aushungerung.

Gelsenkirchen, 9. August. Die Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung sind ins Ungeheuerliche gewachsen. In der Großstadt Gelsenkirchen war heute morgen kein Pfund Kartoffeln zu haben.

Frankreichs Bemühen um die Zerrüttung des deutschen Geldwesens.

Zu den Versuchen der Pariser Presse, die geplante deutsche Goldanleihe zu schädigen, meldet der Pariser Berichterstatter der Frankf. Ztg. seinem Blatt am 8. August: „Mit dem offenen Kampf gegen den Versuch der deutschen Regierung, dem Chaos, in letzter Minute Einhalt zu gebieten, läßt man in Frankreich die letzte Maske fallen.“

Abermalige Gesamtpferr.

Paris, 8. Aug. Nach einer Havasmeldung aus Koblenz hat die Rheinlandkommission im Einvernehmen mit General Degoutte beschlossen, wegen des Bombenwurfs auf die französischen Jäger in Düsseldorf den Tag- und Nachtbetrieb zwischen dem besetzten und dem unbefetzten Deutschland von der Nacht vom 8. u. 9. August 12 Uhr Mitternacht an auf acht Tage zu verbieten.

Schiffsraub in Mannheim.

Mannheim, 8. Aug. Heute früh haben die Franzosen im Mühlau-Hafen sämtliche Dampfer beschlagnahmt; Die Dampfer gehören deutschen Gesellschaften.

Raub von Privateigentum im Karlsruher Hafengebiet.

Ein französisches Kommando erschien auf dem Werkplatz der Karlsruher Zweigniederlassung der Firma Martin Eichelgrün & Co., der im Hafengebiet gelegen ist, und entnahm dort trotz des Protestes des anwesenden Vertreters der Firma eine mehrere hundert Meter lange Strecke schmalspuriger Gleise.

aber der junge Philologe jeden Angriff glänzend parierte und aus der Tiefe seines unendlichen Wissens heraus über die raffiniert gestellten Fragen aus den entlegensten Gebieten mit vollkommener Sicherheit Auskunft erteilte.

Damals war auch Dr. Römhild zum erstenmale aufmerksam auf jenen Schüler geworden, der seine Meinung mit einer Kraft und einem Wissen verteidigte, die ihn weit über das Niveau seiner Mitschüler erhoben, und darum hatte er auch unverzüglich, als er unter den Meldungen den Namen Mag Müller erblühte, die Berufung veranlaßt.

Zwölf Jahre waren nunmehr verfloßen, seitdem Mag von seiner Heimat entfernt gelebt, zwölf lange Jahre, und doch war seine Freude, Rattenhausen wiederzusehen, nicht ungetrübt. Er fürchtete, daß die Bilder längst vergangener Tage in dem alten heffischen Landstädtchen wieder vor ihm auftauchen würden.

welchen Wesens davon hätte trennen mögen. Es war ein Wagemut, nach Rattenhausen zu gehen, wo der Blondkopf aus jedem Fenster der kleinen hochgiebligen Häuser schaute, wo er ihm über die Sammetbrüstung der Logen im kleinen Theater zukielte, wo er in den weißgeputzten hochlehnigen Kirchbänken erschien, über das schmatzjamme Gesangsbuch beugte.

Was ist uns Hekube? Er wollte darüber hinauskommen, er mußte darüber hinauskommen. Die schöne Mollh hatte ja ohne zu zögern, ohne Mittel mit seinen Schmerzen, seinerzeit den schönen Forstasseffor erwählt, der freilich eher Aussicht zum Heiraten hatte, als der eben dem Gymnasium entwachsende Mag.

Tatsächlich hatte Karl Ritter sehr schnell geheiratet, war noch einige Jahre als Assessor hierhin und dorthin gewandert und schließlich nach dem Tode von Mollhs Vater in dessen Oberförsterei eingetückt. Nun lebte sie dort als Gattin und Mutter, wo sie als Kind gespielt und als Jungfrau geschwärmt hatte.

Sie rauben, was sie können.

Nach einer Meldung der Havas-Agentur wurden in Wiesbaden 8 Milliarden Mark „beschlagnahmt“ (lies geraubt), die zur Bezahlung der streikenden (d. h. pflichttreuen) Eisenbahner bestimmt waren. Ferner wurden nach der gleichen Quelle 147 Millionen Mark „beschlagnahmt“, die für die Eisenbahner von Diez an der Lahn bestimmt waren. Beim Ueberstreiten der Rheinbrücke von Mannheim nach Ludwigshafen wurden Boten der Bad. Anilin- und Sodafabrik von den Franzosen angehalten, wobei ihnen 3 Milliarden Lohngelder abgenommen wurden. In Kanten wurden, wie die Blätter melden, von der belgischen Besatzungsbehörde Lebensmittel, die vom Roten Kreuz für die minderbemittelte Bevölkerung zur Verfügung gestellt worden waren, geraubt. Der Regierungspräsident in Düsseldorf hat die unverzügliche Freigabe der Lebensmittel gefordert.

Der Dollarwettbewerb.

Berlin, 9. Aug. Die ganze Verworfenheit der Verhältnisse am Devisenmarkt, wie sie sich seit der teilweisen Freigabe des Devisenhandels entwickelt hat, kann nicht drastischer zum Ausdruck kommen, als es heute geschehen ist. Während heute vormittag von einzelnen Banken der Dollarkurs mit 3 1/2-4 Millionen genannt wurde, hörte man ihn bei anderen Banken gegenüber gestern abend unverändert mit 5 Millionen. Das allmerklichste an diesem Kurs ist aber die Tatsache, daß die Mark in New York nachdrücklich eine Erholung bis auf 0,000035, gleich einer Parität von 2857143 Mark erfahren konnte. Es ist auffällig, daß man hier von dieser Besserung kaum Notiz genommen hat.

Ein Protest des Papstes an Deutschland.

Rom, 9. August. Aus zuverlässiger Quelle erfahren wir, daß der Papst den Kardinalstaatssekretär Gaspari beauftragt hat, einen neuen Protest gegen die letzten Gewalttaten im besetzten Gebiet bei der deutschen Reichsregierung einzuleiten. Allerdings soll das neue Dekret nicht wie jenes erste Telegramm an Pacelli veröffentlicht werden, doch wird es zuverlässig der französischen Regierung zur Kenntnisnahme übermittelt werden.

Frankreichs Angst vor der deutschen Goldanleihe.

Die Tatsache, daß Frankreich gegen den deutschen Plan durch die Ausgabe einer Goldanleihe die finanzielle Zerrüttung aufzuhalten, ankämpft, ist der beste Beweis dafür, daß die Goldanleihe eine wichtige Waffe in unserem Abwehrkampf ist. Frankreich behauptet seit Jahren, Deutschland zerrütet sein Geldwesen mit Absicht. Aber jedesmal, wenn Deutschland einen Plan zu Reformen aufstellt, kämpft Frankreich dagegen an. So war es auch bei der Dollaranleihe. Um die Zeichner abzuschrecken, wurde von Paris aus die Lüge verbreitet, daß die Anleihe nicht ohne Zustimmung der Reparationskommission ausgegeben werden dürfe, und daß die Garantiesumme für Reparationszahlungen beschlagnahmt werden könnte.

Mit dem gleichen Manöver versucht nun Frankreich die geplante Goldanleihe zu schädigen; obwohl damals die Reparationskommission die Rechtsauffassung Frankreichs bezüglich einer deutschen Anleihe nicht gebilligt hat. Frankreich arbeitet mit allen Mitteln, um das deutsche Geldwesen völlig zugrunde zu richten, es will den Zusammenbruch. Darüber ist man heute auch im Auslande nicht mehr im Zweifel. Das große italienische Blatt „Idea nazionale“ in Rom schrieb am Dienstag in einem Artikel, die Ruhrbesetzung werde die Zahlungsfähigkeit Deutschlands vernichten. Frankreich wolle die deutsche Souveränität am Rhein aufheben und die Zerschmelzung Deutschlands erzwingen. Dies sei die Grundbedeutung der französischen Forderung nach Einstellung des passiven Widerstandes, der die letzte Bekräftigung der deutschen Einheit und der Reichsouveränität über das Ruhrgebiet sei. Nach Einstellung des passiven Widerstandes fänden die verschiedenen „Dortin made in paris“ kein Hindernis mehr, eine Rheinrepublik im Sinne von Barres, Mangin und Poincare zu errichten.

Der Erfolg der deutschen Goldanleihe wird für die Welt ein Beweis sein für die Entschlossenheit des deutschen Volkes, sich Poincares Plänen nicht zu beugen.

Die Beibehaltung der Papiermark.

Eine Erklärung Reichswirtschaftsministers.

Berlin, 8. August. Ein Berliner Spätabendblatt brachte gestern die Meldung, daß sich die Reichsregierung entschlossen habe, die Papiermark preiszugeben. Es wurde behauptet, daß die Reichsregierung alle diejenigen Notmaßnahmen, die zur Stützung der Mark erlassen worden sind, aufheben und durch die wertbeständige Anleihe nicht nur eine Anlage, sondern auch ein Zahlungsmittel schaffen wolle. Auf eine Anfrage erklärte der Reichswirtschaftsminister Dr. Becker, daß die Reichsregierung in keiner Weise daran denke, die Papiermark preiszugeben. Sie sei im Gegenteil fest entschlossen, alles, was in ihrer Kraft liege, zur Stützung der Mark zu tun, und denke nicht daran, die bisherigen Maßnahmen zur Stützung der Mark außer Kraft zu setzen. Gerade das Programm einer allgemeinen Valutierung, der Schaffung einer wertbeständigen, in Papiermark einzahlbaren Anleihe, der Errichtung von Goldkonten, der Errichtung wertbeständiger Steuern, der Einführung von Goldkrediten, würde dazu beitragen, die Reichsmark als Zahlungsmittel zu erhalten, da dies den berechtigten Wünschen der weitesten Bevölkerungskreise nach einem beständigen Wert nachkomme und dadurch den Devisenmarkt entlaste und schließlich wieder Ehrlichkeit in den deutschen Wirtschaftsmarkt bringe.

50 Millionen Goldmark zur Sicherstellung der Fettversorgung.

Berlin, 7. August. Die Industrie, der Handel und die Banken haben es übernommen, der Reichsbank gegen Dollarschahanweisungen 50 Millionen Goldmark in Devisen zur Verfügung zu stellen. Die Verhandlungen sind bis auf einzelne Gruppen, deren Beteiligung in den nächsten Tagen abgeschlossen wird, zu Ende geführt. Damit ist die aufgelegte Dollarschahanleihe untergebracht. Die Devisen werden in der Hauptsache der Beschaffung notwendiger Lebensmittel dienen, sodas insbesondere die Versorgung der Bevölkerung mit Fett sichergestellt ist.

Einschränkung des Personenverkehrs.

Berlin, 8. Aug. Halbamtlich wird mitgeteilt: Die Notwendigkeit, in der nächsten Zeit alle Kräfte der Eisenbahn für die Beförderung der lebenswichtigen Güter, besonders der Ernte, einzusetzen, wird zu Einschränkungen im Personenverkehr führen müssen. Der Reichsverkehrsminister hat daher die Führung von Sonderzügen zu ermäßigten Preisen grundsätzlich untersagt. Weitere Einschränkungen werden nach Maßgabe der Verkehrslage erfolgen. Die Bemühungen des Reichsverkehrsministers können unterstützt und lästigere Maßnahmen können verhütet werden, wenn sich in der Öffentlichkeit der Gedanke durchringt, daß die Zeit nicht dazu angetan ist, Feste zu feiern und Luxusfahrten zu unternehmen. Auch Versammlungen zu wissenschaftlichen oder ähnlichen Zwecken sollten auf bessere Zeiten verschoben werden.

500prozentige Portoverhöhung.

Berlin, 8. Aug. Der Beirat im Reichspostministerium ist heute vormittag zusammengetreten, um die Tarife für den 1. Sept. festzusetzen. Die Sätze werden um etwa 500 Prozent erhöht, doch bedeuten diese Zahlen nur eine Zwischenstation, da die wertbeständigen Postwertzeichen schon so gut wie beschlagnahmt sind. Diese Briefmarken sind auf dem Friedenssystem aufgebaut und werden mit der jeweilig veränderlichen Schlüsselzahl vervielfacht.

Dr. Zeigner repliziert.

Auf das Schreiben des Reichskanzlers an die sächsische Regierung vom 2. August gibt der sächsische Ministerpräsident Dr. Zeigner noch einmal eine Antwort. Die Zeitungen außerhalb von Dr. Zeigners Regierungsgebiet haben nicht genug Ueberfluß an Papier, um die Kette von Hochwürdigkeiten, mit denen der jugendliche Ministerpräsident in Dresden gegen den Reichskanzler vorgeht, im einzelnen zu wiederholen. Genug, „die sächsische Regierung glaubt“, so sagt Dr. Zeigner zum Schluß, „eine Diskussion nicht fürchten zu müssen und sie wird gegebenenfalls trotz der schweren Bedenken, welche einer solchen Auseinandersetzung im gegenwärtigen Augenblick entgegenstehen, einer Diskussion nicht ausweichen. Nachdem aber der Versuch, der Reichsregierung die Abgabe einer Erklärung zu ermöglichen, welche den Empfindungen des sächsischen Volkes und der Stellung des sächs. Staates mehr entspricht als die Verlautbarung vom 18. Juli 1923, zum Scheitern gebracht worden ist, legt die sächsische Regierung auf das Entscheidende dagegen Verwahrung ein, daß die Reichsregierung in offizieller Verlautbarung den Freistaat Sachsen ohne jeden Anlaß (!) in der verschiedensten Weise als Ausgangspunkt von Bestrebungen kennzeichnet, die sich gegen den Bestand des inneren Friedens des Reiches richten.“ — Ob wohl dem Herrn Dr. Zeigner noch keine Ahnung davon aufgeht, daß er mit Ton und Inhalt seiner Zeitungspolemik gegen den Reichskanzler gerade das beweist, was er widerlegen will, nämlich, daß man ihm auf die Finger sehen muß?

Ein Kriegsverräter.

Leipzig, 8. Aug. Der Ferienrat des Reichsgerichtes hat den Dreher Gerhard Strey aus Magdeburg wegen Landesverrats zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Strey war im März 1916 von einer Wache weg zu den Franzosen übergelaufen und hatte diesen die deutschen Stellungen verraten. 1920 kehrte Strey von der Gefangenschaft zurück und wurde im Dezember 1922 wegen Verrat verhaftet. Der Angeklagte war gefählig. Der Reichsanwalt hatte 10 Jahre Zuchthaus beantragt.

Was gibt uns die Verfassung?

Der 11. August gibt uns die Erinnerung an einen der wichtigsten Tage seit dem Bestehen der Deutschen Republik. In Weimar erfolgte am 11. August durch die Nationalversammlung die Annahme der deutschen Verfassung, gleichsam die Fertigstellung des staatsbürgerlichen Kleides, mit dem sich die neue Republik schmückt und zu schmücken berechtigt ist. Anders ausgedrückt: In Weimar hat man durch 181 Artikel die Rechte und Pflichten der deutschen Staatsbürger festgelegt. Es ist nicht übertrieben, wenn man sagt, daß die Weimarer Verfassung die freieste Verfassung der Welt ist, daß weder die Verfassungen der französischen und der amerikanischen Republik die Rechte der Staatsbürger in so fortschrittlicher Weise anerkennen, als dies bei der deutschen Verfassung erfreulicherweise der Fall ist. Leider haben die politische und wirtschaftlich ersten Vorkommnisse der Nachkriegszeit ein Eindringen breiter Schichten des Volks in den Geist der Verfassung verhindert. Das trifft auch auf die badische Verfassung zu; sie war die erste Verfassung der Länder, denn sie ist bereits im März 1919 im badischen Landtag zur Annahme gelangt.

Welches sind nun die Grundrechte eines jeden Deutschen? Die Reichsregierung verbürgt jedem Staatsbürger folgendes:

1. Gleichheit aller Deutschen vor dem Gesetze. Alle Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten. — Die Ehe beruht auf der Gleichberechtigung beider Geschlechter. — Öffentlich-rechtliche Vorrechte oder Nachteile der Geburt und des Standes sind aufzuheben. — Adelsbezeichnungen gelten nur als Teile des bürgerlichen Namens und dürfen nicht mehr verliehen werden. — Titel dürfen nur verliehen werden, wenn sie ein Amt oder einen Beruf bezeichnen (Regierungsrat, Baurat), Akademische Grade (Doktor, Lizentiat) werden hierdurch nicht betroffen.
2. Unverletzlichkeit der Person. Eine Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit (durch Verhaftung, Schubhaft usw.) ist nur auf Grund der Gesetze zulässig. Personen, denen die Freiheit entzogen ist, sind spätestens am darauffolgenden Tage in Kenntnis zu setzen, von welcher Behörde und aus welchen Gründen die Entziehung der Freiheit angeordnet ist. Unverzüglich soll ihnen Gelegenheit gegeben werden, Einwendungen gegen die Freiheitsentziehung vorzubringen. — Ausnahmegerichte sind unstatthaft. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden.
3. Das Recht der freien Meinungsäußerung, besonders der Pressefreiheit. Jeder Deutsche hat das Recht, innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern. An diesem Rechte darf ihm kein Arbeits- oder Angestelltenverhältnis hindern, und niemand darf ihn benachteiligen, wenn er von diesem Rechte Gebrauch macht.
4. Die Freiheit der Kunst, der Wissenschaft und ihrer Lehre. Der Staat gewährt ihnen Schutz und nimmt an ihrer Pflege teil. Eine Zensur findet nicht statt, doch können für Lichtspiele durch Gesetz abweichende Bestimmungen getroffen

werden. Auch sind zur Bekämpfung der Schund- und Schmutzliteratur zum Schutze der Jugend bei öffentlichen Schaustellungen und Darbietungen geeignete Maßnahmen zulässig.

5. Freiheit des Glaubens, des Gewissens und der ungehinderten Religionsübung. Die bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten werden durch die Ausübung der Religionsfreiheit weder bedingt noch beschränkt. Der Genuß bürgerlicher und staatsbürgerlicher Rechte sowie die Zulassung zu öffentlichen Ämtern sind unabhängig von dem religiösen Bekenntnis. Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Ueberzeugung zu offenbaren. Die Behörden haben nur soweit das Recht, nach der Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft zu fragen, als davon Rechte und Pflichten abhängig oder eine gesetzlich angeordnete statistische Erhebung dies erfordert. Niemand darf zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit oder zur Teilnahme an religiösen Übungen oder zur Benutzung einer religiösen Eidesform gezwungen werden.

6. Vereins- und Versammlungsfreiheit. Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder besondere Erlaubnis friedlich und unbewaffnet zu versammeln. Alle Deutschen haben das Recht, zu Zwecken, die den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, Vereine oder Gesellschaften zu bilden, auch religiöse Vereine. Dieses Recht darf durch Vorbeugungsmaßnahmen beschränkt werden. Jeder Verein, auch der, der einen politischen, sozialpolitischen oder religiösen Zweck verfolgt, kann die Rechtsfähigkeit erwerben.

7. Gewährleistung der Wahlfreiheit und des Wahlheimnisses nach Maßgabe der Wahlgesetze.

8. Das Recht auf Zulassung zu öffentlichen Ämtern. Alle Staatsbürger ohne Unterschied sind nach Maßgabe der Gesetze und entsprechend ihrer Befähigung und ihren Leistungen zu den öffentlichen Ämtern zugelassen. Ausnahmestimmungen gegen weibliche Beamte sind unzulässig, zulässig sind dagegen Sonderbestimmungen, die mit Rücksicht auf das weibliche Geschlecht nötig sind.

9. Wirtschaftliche Freiheit und Vertragsfreiheit. Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundfäden der Gerechtigkeit mit dem Ziele eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen. Nur innerhalb dieser Grenzen ist die wirtschaftliche Freiheit des Einzelnen zu sichern. Wucher ist verboten. Rechtsgesetze gegen die guten Sitten sind nichtig.

10. Schutz der Arbeitskraft. Sie steht unter dem besonderen Schutze des Staates. Die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts ist vorgesehen.

11. Vereinigungsfreiheit (Koalitionsfreiheit) zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Alle Abreden und Maßnahmen, die diese Freiheit einzuschränken oder zu behindern suchen, sind rechtswidrig.

12. Das Recht zur Wahrnehmung staatsbürgerlicher Rechte. Jedermann, auch wer in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis steht, hat das Recht, seine staatsbürgerlichen Rechte (z. B. das Wahlrecht) auszuüben. Er muß, soweit dadurch der Betrieb seiner Dienst- oder Arbeitsstelle nicht erheblich geschädigt wird, zur Ausübung ihm übertragener Ehrenämter die nötige freie Zeit erhalten.

Baden.

Aus der evang. Landeskirche.

Karlsruhe, 9. Aug. Der Oberkirchenrat hat, da durch die fortschreitende Geldentwertung die Liebeswerke der Inneren Mission in eine furchtbare Notlage geraten sind, angeordnet, daß am Sonntag, den 9. September eine Kirchenjammlung erhoben, in der Zeit vom 1. September bis 30. November eine Naturaliensammlung und in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember in allen Gemeinden eine Geldsammlung von Haus zu Haus veranstaltet werde. Die Liebesgaben können auf der Bahn staatsfrei befördert werden. Der Hauptgottesdienst am 12. August wird als Gedenk- und Betfeier für unsere unmeniglich bedrückten, schwer heimgejudeten Volksgenossen, vornehmlich die am Rhein und an der Ruhr und in unserer engeren Heimat gestalteten und dabei eine Kollekte zu ihren Gunsten erhoben. Am Samstag, den 11. August wird da, wo die Verhältnisse es angezeigt erscheinen lassen, eine Verfassungsdenkfeier in der Form eines Hauptgottesdienstes abgehalten. Ferner soll am 11. August, vormittags 9 Uhr, mit allen Glocken geläutet werden.

Die Lage des Einzelhandels.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß jedes neuerliche Anziehen der Preise der breiten Masse der Konsumenten Beranlassung gibt, den Einzelhandel mit Vorwürfen zu überschütten und ihn des Wuchers und ähnlicher straffälliger Delikte zu bezichtigen. Wenn der Preis der Butter sich nur mehr in Vermögenszahlen ausdrücken läßt, wenn die Kurve des Zuckerpreises und der Kolonialwaren steil berganfstrebt, wenn für Fertigkeiten und Schuhwaren von Woche zu Woche höhere Beträge angelegt werden müssen, — immer ist es der Einzelhändler, der Detailkaufmann, dem die Schuld an den betrüblichen Verhältnissen zugemessen wird und der den Kopf hinhalten muß, wenn sich die erbitterte Stimmung der Konsumenten in dieser oder jener Weise Luft macht. Daß hinter dem Einzelhändler die Großisten, Lieferanten und Produzenten stehen, daß die städtischen und staatlichen Betriebe selbst nahezu von Woche zu Woche ihre Forderungen verdoppeln und verdreifachen, daß die allgemeinen Unkosten, die Steuern und Abgaben und nicht zuletzt die Gehälter und Löhne dauernd himmelanstreben, daran denkt niemand.

Wie schon vorangeführt, ist die Preisgestaltung im Einzelhandel in allererster Linie von den Einkaufspreisen abhängig, die der Einzelhandel seinen Vorkräftern, den Großisten, Lieferanten und Produzenten bezahlen muß. Es soll nicht Aufgabe dieses Artikels sein, diesen großen Wirtschaftsgruppen ihre Verdienstsquote nachzurechnen, eines aber haben sie alle dem Einzelhändler voraus: sie haben es verstanden, sich rechtzeitig so einzustellen, daß ihnen die immer weiter fortschreitende Geldentwertung bei weitem nicht jene katastrophalen Verluste an der Substanz brachte, wie dies bei dem

Einzelhandel der Fall ist. Während Industrie und Großhandel schon seit langem auf der Basis der Devisen verkaufen und sich so ohne weiteres dem täglichen Marktpreis anpassen...

Zu diesem augenfälligen Verlust kommt noch das ungeheure Risiko, daß der Einzelhändler unter den heutigen Verhältnissen zu tragen hat. Die Mehrzahl der Lieferanten und Großhändler-Verbände haben die Bestimmung getroffen...

Diese Gefahr besteht übrigens auch heute noch aus anderen Gründen. Verschiedene große Lieferfirmen gaben in den letzten Tagen dem Einzelhandel zur Kenntnis, daß sie nicht in der Lage seien...

So lasten auf dem Einzelhandel schwere Sorgen, die umso drückender sind, als weiteste Kreise, ja selbst Behörden, der schwierigen Lage des Einzelhandels keinerlei Verständnis entgegenbringen.

Gerechtigkeit ist es, was der Einzelhandel fordert und er kann diese Forderung umso mehr aufstellen, als seine Tätigkeit in der Vermittlung der Waren an die große Masse der Verbraucher mit zu den wichtigsten Funktionen im Staatswesen gehört.

Aus Nah und Fern.

* Sinsheim, 10. Aug. (Verf.) Revisionsinspektor Th. Krauth hier wurde zur Oberrevision des Ministeriums in Karlsruhe versetzt.

☞ Sinsheim, 9. Aug. (Postdienst.) Am Samstag 11. August (Verfassungsfeier) sind die Postschalter von 8-9 Uhr vorm.

Amtliche Bekanntmachungen.

Nr. 54 Raminsegergebühren betr. Da die Verhältnisse auf dem Lande gegenüber denen in der Stadt sich derart verschoben haben, daß eine Erhöhung nach den Mindestsätzen nicht mehr den tatsächlichen Betriebskosten entspricht...

Nr. 55 Handel mit Edelmetall und unedlen Metallwaren betr. Der Erwerb von unedlen Metallen und der Handel mit Edelmetallen, Edelfsteinen und Perlen ist an die Erlaubnis des Bezirksamts gebunden.

Nr. 56 Maul- und Klauenseuche betr. Nachdem in Neidenstein bei Lehmann Maier und Ludwig Kaufmann die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen ist, werden folgende Anordnungen getroffen:

Nr. 57 Feier des Verfassungstages. Für die am Samstag, den 11. August 1923 vormittags 11 Uhr auf der Stadtwiese in Sinsheim stattfindende Verfassungsfeier ist nachfolgendes Programm aufgestellt worden:

Nr. 58 Maul- und Klauenseuche betr. Nachdem in Neidenstein bei Lehmann Maier und Ludwig Kaufmann die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen ist, werden folgende Anordnungen getroffen:

Nr. 59 Maul- und Klauenseuche betr. Nachdem in Neidenstein bei Lehmann Maier und Ludwig Kaufmann die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen ist, werden folgende Anordnungen getroffen:

Nr. 60 Maul- und Klauenseuche betr. Nachdem in Neidenstein bei Lehmann Maier und Ludwig Kaufmann die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen ist, werden folgende Anordnungen getroffen:

geöffnet. Briefbestellung findet nur vormittags statt. Telegraphen- und Fernsprechdienst wird von 8 Uhr vorm. bis 6 Uhr nachm. abgehalten.

☞ Rohrbach (Amt Heidelberg), 9. August. (Töblicher Mord.) Der verheiratete 40-jährige Malermeister Gieser aus Kirchheim stürzte auf der Landstraße, als er einem Fuhrwerk ausweichen wollte, so unglücklich von seinem Fahrrad, daß er eine schwere Gehirnerschütterung erlitt und alsbald starb.

☞ Heidelberg, 9. Aug. (Verschiedenes.) Eine Frau aus der Altstadt hat infolge Familienstreitigkeiten am 7. August sich durch Einatmen von Kochgas zu vergiften versucht. Die Lebensmüde wurde in die Psychiatrische Klinik verbracht.

☞ Weinheim, 9. Aug. (Erhängt.) Der 68 Jahre alte frühere Leichenmann Friedrich Böhrer hier hat sich wegen Nahrungssorgen erhängt.

☞ Mannheim, 9. Aug. (Zunahme der Fahrraddiebstähle.) Die Fahrraddiebstähle nehmen in der letzten Zeit von Tag zu Tag zu. In der Zeit vom 1. bis 3. August sind in Mannheim allein 7 Fahrräder gestohlen worden.

☞ Mannheim, 9. August. (Brand.) Gestern Abend gegen 9 Uhr entstand in der Dinkelschen Leerprodukten- und Klebstofffabrik ein Brand. Vermutlich durch Undichtigwerden einer Leerpumpe beim Teerkochen geriet der Inhalt derselben in Brand und im Nu stand ein etwa 10 Meter langer und 5 Meter breiter offener Holzschuppen, sowie das Dach des angebauten massiven Backsteingebäudes in hellen Flammen.

☞ Karlsruhe, 9. August. (Eine geschichtliche Erinnerung.) Hier ist mit dem 77 Jahre alten Pensionisten Johann Lanzl ein Mann aus dem Leben geschieden, dem eine gewisse Bedeutung nachgerühmt werden darf.

☞ Wolfach i. R., 9. Aug. (Verhängnisvolle Verwechslung.) Der 70 Jahre alte Tagelöhner J. G. Fritsch wollte abends einen Schnaps trinken. Aus Versehen griff er eine andere Flasche mit einer hochprozentigen Essenz, von der er ein Glas trank.

☞ Chrsberg (Amt Schönau), 9. August. (Dem Tod entronnen.) Einer hiesigen Landwirtsfrau geriet beim Kirchgehen eine Biene in den Schlund, die sie in den Hals stach. Vermittels eines gerade vorbeifahrenden Kraftwagens konnte die Frau nach Zell ins Spital gebracht werden, wo sie noch so rechtzeitig eintraf, daß sie dem sicheren Tode entrißten werden konnte.

☞ Radolfzell, 9. August. (Ertrunken.) Ein im hiesigen Waisenhaus untergebrachter Knabe fiel am Sonntag nachmittag in einem unbewachten Augenblick in die Abortgrube und ertrank.

☞ Vorblingen (Amt Radolfzell), 9. August. (Tragik einer Familie.) Beim Baden in der Aach ertrank gestern der 22 Jahre alte Josef Meier. Sein Vater erhielt auf die Kunde vom Ableben seines einzigen Sohnes einen Herzschlag und liegt bedenklich darnieder.

☞ Deggeln (A. Waldshut), 9. August. (Schurkenreich.) Am letzten Freitag verübten in der hiesigen Mühle einige Lausbuben einen gemeinen Schurkenstreich. Während die Hausbewohner auf dem Felde waren, wurde der schönsten und ergiebigsten Kuh das Guter abgetrieben. Die Täter konnten bisher nicht ermittelt werden.

☞ München, 7. Aug. (Zuwelendiebe.) Seit etwa 11/2 Jahren entwendete ein hier angestellter Beamter, zum Teil mit seiner Ehefrau, aus der Schmuckkassette eines Prinzen Schmuckgegenstände im Werte von 300 bis 400 Millionen Mark. Die Beute verkaufte die Ehefrau bei Juwelieren um Schleuderpreise.

☞ Mainz, 9. August. (Französische Beschlagnahme.) Nach einer Meldung der Havasagentur wurden in Wiesbaden 8 Milliarden Mark beschlagnahmt, die zur Auszahlung an streikende Eisenbahner bestimmt waren.

☞ Schweres Grubenunglück im obererpfälzischen Kaligebiet.

☞ Mühlfhausen, 7. Aug. Nach einer Meldung des Mühlfäuserer Tagblatts hat sich auf dem Schacht Amelie II in Wittelsheim ein schweres Grubenunglück ereignet. Soudel aus den unklaren Aussagen der kaum vernehmungsfähigen Opfer entnommen werden kann, scheint es sich um eine Gaseplosion zu handeln.

Neueste amtliche Kurse

Table with columns for various financial instruments: Anleihen (5% Dtsch. Reichsanleihe, Dt. Sparprämienanleihe), Bankaktien (Darmstädter Bank, Deutsche Bank, Dresdner Bank), Industrieaktien (Adlerwerke, Allgem. Elektr.-Ges., Bad. Anilin), Schiffahrtsaktien (Sapag, Nordd. Lloyd), and Freiverkehrswerte (Benz Motoren, Germania Eiseleum, Gummiwerke Neckar).

Der Zinsendienst der tschechoslowakischen Wertpapiere. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Frist für die Vorlegung der tschechoslowakischen Wertpapiere an die Finanzämter nach der Bekanntmachung vom 23. Juni 1923 (Reichsgesetzblatt Teil II Nr. 24 vom 30. Juli 1923 Seite 292/293 mit dem 13. August 1923 abläuft.

Eberverkauf. Die Gemeinde Sinsheim vergibt an den Meistbietenden unter Vorbehalt der Genehmigung einen Eber im Submissionswege. Angebote müssen verschlossen mit der Aufschrift Eberangebot bis längstens Montag, den 13. ds. Mts., mittags 12 Uhr bei dem Bürgermeisteramt dahier für Lebendgewicht pro Pfund eingereicht sein.

Advertisement for Welt-Kino Sinsheim featuring the film 'Der Reiter ohne Kopf' on Saturday and Sunday. Includes showtimes and ticket information.

Die Geburt ihres Sohnes Jules zeigen hocherfreut an Dago van Hessen Hilda van Hessen geb. Weil. Den Haag, 5 August 1923.

Advertisement for Schafwolle (Wool) featuring a sheep illustration and text about processing and weaving services.

Unsere liebe Schwester und Tante Frau Sofie Jdler Wtw., geb. Plock ist heute abend im Alter von 88 Jahren sanft entschlafen. Im Namen der trauernden Hinterbliebenen Theodor Plock, Lausanne August Ratzel, Frankfurt a. M. Sinsheim, den 9. August 1923.

Rechnungs-Formulare empfiehlt die Gottlieb Becker'sche Buchdruckerei.

Die Folgen des „Vertrauensbruchs“.

Zwei englische Staatsmänner haben in den letzten Tagen beachtenswerte Eingeständnisse gemacht. Premierminister Baldwin hat erklärt, die Hoffnungen, die man sich bei Beendigung des Krieges gemacht habe, hätten sich nicht erfüllt. Großbritannien das bisher unter der Bewirrung in Europa nicht gelitten habe, fange an zu leiden. Länder wie England, die vom Außenhandel abhängen, würden bei einem Zusammenbruch die größten Lasten zu tragen haben. Wenige Tage vorher gestand Lord Robert Cecil, die Hauptschwäche der internationalen Stellung Englands sei, daß es einen Vertrauensbruch begangen habe durch einen Friedensschluß mit Deutschland, der sich in seinen Bedingungen nicht an die 14 Punkte Wilsons halte. Ob die englische Regierung durch eine feste Politik den Versuch machen kann und will, den falschen Weg, den sie seit den Friedensverhandlungen gegangen ist, auf Grund der spät aufgebämmerten Einsicht zu verlassen, das müssen die nächsten Wochen zeigen. In alle Schwierigkeiten hineingeraten ist England nicht allein durch die Halsstarrigkeit des französischen Bundesgenossen, sondern wesentlich auch durch eigene Schuld, vor allem die Schuld von Lloyd George. Das geht mit aller Deutlichkeit aus dem Buch von R. St. Baker über Woodrow Wilson hervor, selbst wenn man bei der Bewertung seiner Angaben berücksichtigt, daß er den amerikanischen Präsidenten rechtfertigen will.

Wilson hatte auf einmütiges Zusammenarbeiten mit den Briten bei der Friedenskonferenz gerechnet. Er fand auch bei niemand bessere, klügere und stärkere Unterstützung, als bei Liberalen wie Cecil, Lloyd George dagegen war für ihn eine schmerzliche Enttäuschung. Er schien überhaupt keine leitenden Grundsätze zu haben, man war nie sicher, wenn man ihn an einem Tage einen unerschütterlichen Entschluß hatte verkünden hören, ob er nicht am folgenden Tag mit gleicher Unererschütterlichkeit einen anderen Weg bestimmen würde. Er war offenbar schon in Paris genau so unbeständig, wie wir ihn in seiner späteren Politik zu unserem Schaden kennen gelernt haben. Er war es, der in der zweiten Woche der Konferenz durch seine Forderung einer Aufteilung der deutschen Kolonien die erste politische Kauferei hervorrief. Er ließ dann nach Bakers Ansicht Wilson während dessen Abwesenheit in Amerika vollständig im Stich. Nach der Rückkehr des Präsidenten erschraken die französischen Forderungen selbst Lloyd George; er stellte sich wieder an die Seite des Präsidenten, ja, er übertrumpfte ihn bei manchen Gelegenheiten. Sein Ziel war stets, zu verhindern, daß die Franzosen im Vergleich mit den Briten zuviel erhielten, zweitens, einen Frieden zu erlangen, den die Deutschen annehmen. Aber die von ihm vorgeschlagenen Zugeständnisse an die Gerechtigkeit gingen auf Kosten der Festlandsstaaten. Als darüber ein heftiger Streit entbrannt war, bei dem die reaktionären Elemente der verschiedenen Länder Lloyd George und Wilson zu entzweien suchten, erkrankte dieser und sein Einfluß war zeitweilig ausgeschaltet. Von da an befolgte der Brite eine neue Politik des Beiseitstehens; er ließ Wilson und Clemenceau ihren Streit allein ausfechten, nicht zum Vorteil Deutschlands. Gegen das Ergebnis der Verhandlungen richtete General Smuts eine vernichtende Kritik, er wollte, daß die Deutschen nicht einen Friedensvertrag erhalten, den sie aus moralischen Gründen verwerfen könnten. In einem Schreiben an Wilson betonte er, daß der Frieden nicht den beim Waffenstillstand eingegangenen Verpflichtungen entspreche, „daß die Deutschen in Bezug auf eine Anzahl Bestimmungen eine gute Sache verfechten.“ Lloyd George erfüllte mehr und mehr Unruhe, ja Schrecken, ob die Deutschen unterzeichnen werden. Wilson meinte, er habe „Mordsangst, einfach Mordsangst“, und die ließ ihn bis zum Ende nicht mehr los. Freilich sein politisches Ansehen und seine Stellung waren bedroht. „Für einen Führer, der für Prinzipien streitet, bedeutet ein Fehlschlag einen Zufall, aber für einen Führer vom Schlage Lloyd Georges, der stets nur für politisches Uebergewicht kämpfte, bedeutete ein Fehlschlag völlige Niederlage.“

Seinen Angriff auf den vollendeten Vertrag eröffnete er mit einer Kritik der französischen Besatzungsarmee, wobei er bisförmig wie er sein konnte, bemerkte, das sei nur eine Methode, um die französische Armee in Deutschland einzukartieren und Deutschland dafür die Kosten aufzubürden.“ Darüber natürlich heftiger Zusammenstoß mit Clemenceau, den Foch und Poincare wegen zu schwacher Haltung angriffen. Nun hielt sich Wilson zurück. Hatte Lloyd George ihn allein gelassen, ja in der Entschädigungsfrage seine Stellung geradezu erschwerte, so stand nun er dem Briten nicht bei. Lloyd George räumte ein, er hätte diesen Punkt früher angehen müssen; er habe die Festigkeit seiner Kollegen nicht richtig erkannt; Hughes, der Vertreter Australiens, habe ihn gefragt, „wie er jemals diesem Frieden habe zustimmen können.“ Wilson fand, daß die Zeit, diese Dinge zu überlegen, damals war, als man den Vertrag schrieb. Aber nun stellte Lloyd George ein Ultimatum, er drohte nach Hause zu fahren und die Angelegenheit dem Parlament vorzulegen, wenn Frankreich nicht entgegenkomme. Clemenceau erklärte offen, er sei von einer Kabinettkrise bedroht. Es schien, als solle die Konferenz scheitern. Dem Präsidenten Wilson erschien es als das schlimmste, wenn zwischen den Mächten eine Trennungslinie gezogen werde. So formulierte er eine Erklärung der drei Regierungen über die Dauer der Besetzung und die Höhe der Besatzungskosten, die Baker zum erstenmal im Wortlaut veröffentlicht, ein Dokument, dessen Rechtsgültigkeit neben dem Friedensvertrag eine klishe Frage für die Völkerrechtslehrer ist. Die Erklärung befriedigte allerdings weder die Briten noch die Franzosen; Poincare warf Clemenceau vor, er habe „Frankreich an Lloyd George ver-“

In der Frage der Kriegsentchädigungen hatten die Amerikaner an Lloyd George keinerlei Rückhalt. Baker ist gerecht genug, zuzugeben, daß Lloyd George in England keine ungeteilte Meinung über wirtschaftliche Fragen hinter sich hatte. Es standen sich im wesentlichen dieselben Gruppen und An-

schauungen wie noch heute gegenüber. Auf der einen Seite mächtige liberale Elemente, auf der anderen verbissene Tories, die für einen „katholischen Frieden“ eintraten, um Deutschland als wirtschaftlichen Rivalen Englands möglichst tief zu treffen, am liebsten ganz zu vernichten. Sie bewegten sich in den Gedankengängen, die wir Deutschen aus dem bekannten Artikel der „Saturday Review“ vom Jahr 1897 kennen. Sie vertraten dieselbe Politik, wie noch heute die Diehards, worüber im Abendblatt vom 28. Juli berichtet ist. Beide Gruppen waren in der englischen Delegation vertreten. „Wie es für Lloyd George charakteristisch war, entschied er sich angesichts dieser Richtungen für beide mit dem Ergebnis, daß Paris in einem wirtschaftlichen Kuddelmuddel endete.“ Keynes, der Hauptvertreter des britischen Schachamais, vertrat ja den Standpunkt, daß man von Deutschland allerhöchstens 10 bis 15 Milliarden Dollar, zahlbar in 25-30 Jahren, fordern könne. Lord Cunliffe, ehemaliger Direktor der Bank von England, war der Ansicht, Deutschland vermöge 100 Milliarden Dollar zu zahlen. Lloyd George setzte seine sämtlichen Reaktionen in den Entschädigungsausschuß, wo sie mit den Franzosen in der Auffassung zusammentrafen, daß es das Beste wäre, den Schuldner, der zugleich ein gefährlicher Konkurrent war, ein für allemal auszulöschen, während die Amerikaner dafür waren, ihn leben und die Schuld „abarbeiten“ zu lassen. Als dann die Dreierkommission für die Entschädigungsfrage zu einem Ergebnis kam, das etwa der Schätzung von Keynes nahekam, war Lloyd George in einer heiklen Lage. Er hatte bei seinem Wahlsfeldzug im November 1918 Reparationen und Indemnitäten in Höhe von 120 Milliarden Dollar versprochen. Dieses Wahlversprechen war nach Bakers Ansicht ein Haupthindernis für eine vernünftige Ermäßigung der wirtschaftlichen Bestimmungen. Überall in England und Frankreich ertönte die Forderung, daß Deutschland „bis auf den letzten Schilling bezahlen“ müsse. Lloyd George schien einen einzigen kostbaren Moment lang durch die Amerikaner überzeugt zu sein. Clemenceau gegenüber ließ er die Bemerkung fallen: „Und bleibt nichts anderes übrig, als unser Volk mit den Tatsachen bekannt zu machen, daß wir es uns nicht leisten können, auch nur annähernd die Summe einzutreiben, die wir erwartet hatten.“

Der vorübergehende Lichtblick der Vernunft und Tapferkeit war sehr bald verschwunden. Lloyd George schreckte vor dem Geständnis zurück, daß er außer stande sei, sein Wahlversprechen zu halten. Baker ist ehrlich genug, hinzuzufügen: und die Amerikaner halten als Gegengewicht nichts anzubieten, da sie ihren Anteil an der Last nicht tragen wollten. Lloyd George nahm von da an gegenüber der amerikanischen Forderung, eine bestimmte Zahl zu nennen, den Standpunkt ein: „Jede Summe, welche den Deutschen nicht Schrecken einjage, würde hinter der Summe zurückbleiben, mit der er und Clemenceau ihren Völkern vor Augen treten könnten.“ Zunächst aber griff er zu einem charakteristischen Mittel. Der Ausschuß wurde durch Cunliffe und Sumner vergrößert, die entschlossene Reaktionäre waren. Die sollten nun von den Amerikanern überzeugt werden. Dann legte er selbst einen verschwommenen Plan vor, der die noch unentschiedene Frage des Einflusses der Pensionen in die Verpflichtungen Deutschlands vorwegnahm. Der Entwurf stellte einfach fest, die Deutschen müßten den Betrag zahlen, „was immer er sie auch kosten möge.“ Natürlich griffen die Franzosen den Plan sofort auf. Die Amerikaner, die auch sonst für Einschränkungen eintraten, wollten die Formel „was immer er auch kosten möge“ wenigstens in „bis zur äußersten Grenze ihrer Leistungsfähigkeit“ umwandeln, aber die außerordentlich wichtigen Worte wurden in einer neuen Fassung des Entwurfs wieder weggelassen.

Auf Lloyd George fällt so ein gut Teil Schuld, daß in der Entschädigungsfrage keine brauchbare Lösung gefunden wurde. Seine Ratlosigkeit zeigt sich darin, daß er vorschlug, man solle Deutschland zur Wiedergutmachung verpflichten, „oder ihm drei Monate Zeit lassen, in denen es mit einem definitiven Zahlungsangebot hervortreten könne.“ Wenn gegen seinen eigenen „Wiedergutmachungsvorschlag“ bemerkt wurde, „er suche, was die öffentliche Meinung anbetrafte, den schlimmsten Tag einfach hinauszuschieben“, so scheint der schlimme Tag, d. h. der Zeitpunkt, wo dem englischen Volk die Augen aufgingen, heranzukommen. Hoffentlich macht es sich dann den Gedanken des General Smuts zu eigen, der die Kritik des Friedensvertrags in die Worte ausklingen ließ: „Der wahre Völkerfrieden muß folgen und den Frieden der Staatsmänner verbessern.“ Dazu ist es aber höchste Zeit. Die Politik der zwei Mühlsteine, die sich aus dem Versailler Vertrag entwickelt hat, in ihren Folgen für Deutschland so verheerend daß ihr rasch ein Ende gemacht werden muß. Angesichts der drohenden Hungersnot hat einst Lloyd George in Furcht vor dem Bolschewismus gesagt: „Solange in Deutschland die Ordnung aufrecht erhalten werde, rage zwischen den Alliierten Ländern und den jenseitigen Wassern der Revolution ein Damm; wenn dieser Damm fortgespült wäre, zittere er für sein Land.“ Wenn als Ergebnis einer von den Alliierten erzwungenen Hungersnot die Bevölkerung Deutschlands anfangs auszuschwärmen würde daraus eine revolutionäre Bewegung unter den arbeitenden Klassen aller Länder entstehen, mit der man es unmöglich würde aufnehmen können.“ Heute drohen Deutschland wieder die schwersten wirtschaftlichen Gefahren infolge der Politik der Alliierten. England ist vor die Frage gestellt, ob es ferner helfen will, den wirtschaftlichen Rivalen zu vernichten auf die Gefahr hin, selbst schwer geschädigt zu werden, oder ob es der französischen Vernichtungspolitik Einhalt tun will, um seiner selbst willen. Wird Baldwin gegenüber Poincare und den Vernichtungspolitikern im eigenen Land festere und zielbewußtere Politik machen als Lloyd George?

Wirtschaftspolitische Sommeroffensive.

Die Maßnahmen, welche die Reichsregierung am 28. Juli in einer feierlichen Erklärung in Aussicht gestellt hat, bedeuten eine Art wirtschaftspolitische Sommeroffensive zur Rettung Deutschlands aus überaus gefährdeter Lage. An den in dieser

Rundgebung enthaltenen Grundzügen ist nur das eine auszu- setzen, daß sie nicht schon vor einem halben Jahr aufgestellt und in die Praxis umgesetzt worden sind. Der Reichstag soll am 8. August seine recht unzeitgemäßen Ferien unterbrechen und zu den einzelnen Gesegentwürfen Stellung nehmen. Die beiden großen Aufgaben, deren Lösung in Angriff genommen werden soll, sind: Die Stärkung der Reichsfinanzen und die Sicherung des Daseins der Gehalt und Lohn empfangenden Schichten. Zu der Gruppe finanzpolitischer Maßnahmen gehören Vorkehrungen, daß nicht nur die Einkommensteuer, sondern auch Vermögens-, Erbschafts-, Körperschafts- und Verbrauchsteuern der Geldentwertung angepaßt werden sollen. Daneben soll ein großer Geldbeitrag für Rhein und Ruhr bei allen Leistungsfähigen erhoben werden, um auf diese Art die Kriegskosten im deutschen Selbstbehauptungskampf zu decken, ohne die Notenpresse zu immer gewaltigeren Leistungen anzuspornen. Eng mit den Maßnahmen zur Anpassung der Gehälter und Löhne an die Geldentwertung hängt der Plan zusammen, Goldkredite und wertbeständige Sparmöglichkeiten zu schaffen.

Frankreich und Belgien haben ihre Antwort auf den englischen Vorschlag vom 20. Juli in London überreichen lassen. Der englische Vorschlag enthielt den Entwurf einer gemeinsamen Antwort, welche die alliierten Mächte auf die deutschen Reparationsangebote vom 2. Mai und 7. Juni erteilen sollten. Die deutsche Öffentlichkeit hat weder von dem Wortlaut des englischen Entwurfs, noch von dem Text der Pariser und der Brüsseler Antwort Kenntnis erhalten. Aus dem, was über die Stimmung in maßgebenden politischen Kreisen Londons bekannt geworden ist, geht hervor, daß England vor die Wahl gestellt ist, mit Frankreich zu brechen, oder aber endlose und ziemlich aussichtslose Verhandlungen weiterzuführen. Die unentwegten Franzosenfreunde in England haben erklärt, es sei im Interesse der britischen Wirtschaft, wenn das immer noch als Konkurrent gefährliche Deutsche Reich politisch auseinanderfiele. In den Kreisen der britischen Industrie und des britischen Handels ist man anderer Meinung. Man verweist auf den ungünstigen Stand des Auslandsverkehrs und erklärt unumwunden, daß vor einer Lösung des Ruhrproblems eine gründliche Besserung des britischen Auslandsverkehrs nicht zu erwarten sei. Also auch in England entwickelt sich eine Art politischer und wirtschaftspolitischer Offensive der wirtschaftlich Interessierten gegen die mehr gefühlsmäßig (d. h. franzosenfreundlich) eingestellten Kreise.

Zwischen diesen beiden sommerlichen Offensiven besteht ein enger Zusammenhang. In England wird man nur dann geneigt sein, der französischen Vernichtungspolitik entgegenzutreten, wenn man die Ueberzeugung gewinnt, daß Deutschland sich politisch, wirtschaftlich und finanziell behauptet. Es hat sehr lange gedauert, bis sich Reichsregierung und Reichstag zu durchgreifenden gesetzgeberischen Maßnahmen entschlossen. Dies Programm muß aber jetzt auch mit rückwärtsloser Entschlossenheit durchgeführt werden, selbst wenn dabei einige alte bürokratische Köpfe, ein heute weniger als je angebrachter Bequemlichkeitsdrang und eine Reihe wirtschafts- und finanzpolitischer Vorurteile auf der Wahlstatt bleiben sollten!

Sollen Deutsche nach Canada?

Diese Frage einmal zu erörtern, dürfte aus dem Grunde dringend notwendig sein, da im April dieses Jahres eine Notiz durch die deutsche Presse ging, wonach die kanadische Regierung die Einwanderung von Deutschen, Desterreldern, Bulgaren und Türken wieder freigegeben hat. Es war in der Nachricht auch noch die Rede von Gesetzen zur Sicherung des Eigentums. Wie traurig aber heute die Verhältnisse drüben sind, erfährt man aus Briefen zweier größerer kanadischer Farmer, die uns zur Verfügung gestellt worden sind.

In einem Briefe vom 15. März 1922 wird gesagt, daß es den Briefschreibern, was persönliche Sicherung und Behandlung anbelangt, gut, finanziell aber sehr schlecht geht. Die Steuern seien fast unerträglich. Das Getreide fiel im Herbst 1921 auf 1/3 seines Wertes und das Vieh bezahlte oft nicht den Transport zur nächsten Zentrale. Da oft die Dreifachkosten nicht herauskommen, drohten viele überhaupt nicht oder verbrannten die Ernte. In einem Briefe vom 8. Juli 1922 heißt es: Viele Fabriken arbeiteten nur die Hälfte der Zeit. Ein Mechaniker bei der „Canadian Pacific Railway“ verdiente im Monat 36 Dollar. Wie soll da einer den Lebensunterhalt für seine Familie bestreiten? In Kanada gebe es mehr Arbeitslose wie in ganz Deutschland. In einem Briefe vom 23. März, 1923 heißt es: Es geht uns hier jammervoll, es wandern mehr aus Kanada aus wie ein. Wir haben einen ungeheuer harten Winter, Schnee liegt in solchen Massen, daß man weder in den Busch noch in die Felder gehen kann. Es herrscht Holz- und Futtermangel, auch Kohle ist nicht zu haben. Lebensmittel allerdings sind im Ueberfluß, weil sie nicht verkäuflich sind. Letztes Jahr hat Kanada die größte Ernte seiner Geschichte erlebt und die Farmer stehen trotzdem vor dem Bankrott. Farmen sind momentan unverkäuflich. Die Wionnoniten bei Winnipeg boten ihre Farmen für acht und zehn Dollar per Acker an, viele ließen die Farm einfach im Stiche und gingen davon.

Hierzu erfahren wir von unserem Gewährsmann: Dieses Land ist zum Teil recht gut und kostete vor dem Kriege etwa 60 Dollar per Acker. Canada ist Neuland und seine Entwicklung ist abhängig von der Landwirtschaft. Verfaßt diese, so muß alles andere versagen. Zunächst die Eisenbahnen, die keine Frachten erhalten, die landwirtschaftlichen und andere Maschinenindustrien, weil sie keine Abnehmer mehr finden. Die Absatzmärkte der unteroalutarischen Staaten Mitteleuropas sind verschlossen, daher Ueberproduktion und gedrückte Preise.

Vor dem Kriege hat Canada eine riesigenpropaganda für die Einwanderung auch in Deutschland gemacht, man versprach den Deutschen alle Vorteile. Viele gingen hin, halfen das Land kultivieren und waren die besten Bürger, die sich nicht um Politik kümmerten. Aber vom ersten Tage des Krieges an setzte eine niederträchtige Deutschenhege ein. Man internierte sie und nahm ihnen ihr Eigentum. Jetzt, nachdem es England gelungen ist, seine unruhigen Elemente nach Canada zu schieben und die wirtschaftlichen Verhältnisse immer trostloser wurden, merken die Canadier, daß sie sich mit ihrem Vorgehen gegen die Deutschen daneben gesetzt haben. Nun dürfen sie wieder kommen. Was werden sie finden? Zunächst eine, durch die ungeheuerliche Schuldlüge noch immer ganz verfestete öffentliche Meinung und die Behandlung eines Paria, dazu die aller- schwersten wirtschaftlichen Verhältnisse. Von einer Wiederaufnahme der deutschen Einwanderung nach Canada kann erst die Rede sein, wenn einmal die Deutschenhege eingestellt und das Land über die Schuldlüge aufgeklärt ist.

Verschiedenes.

Reichenau, 6. August. (Bootsunglück.) Als am Mittwoch vormittag ein orkanartiger Sturm über den Untersee brauste, kreuzten ein Reichenauer Fischer und ein Kurgast in einem Segelboot auf der Höhe zwischen der Insel und Mannenbach. Plötzlich erfasste eine heftige See, die nicht mehr pariert werden konnte, das Boot und kippte es um. Um die beiden Insassen zu retten, eilte ein mit drei Reichenauern besetztes Motorboot herbei, allein dieses stieß im Sturm auf das treibende Segelboot und kenterte selbst, sodass nunmehr fünf Personen in den Wellen um ihr Leben kämpften. Auf die verzweifelten Hilferufe eilten dann von allen Seiten Motor- und Fischerboote herbei, und es gelang glücklicherweise, alle Verunglückten, wie auch die beiden davorierten Boote ans Land zu bringen.

Vom Untersee, 5. August. (Brand.) Am Donnerstag nacht ist in Hemmishofen bei Stein a. Rh. das Armenhaus abgebrannt, und zwar das Wohn- und Dekonomiegebäude. Von den drei Insassen ist die 60jährige Anna Kiehl verbrannt. Die 80 Jahre alte Maria Peter erlitt schwere Brandwunden, sodas an ihrem Aufkommen gezweifelt wird. Man vermutet Brandstiftung; eine Insassin des Hauses ist verhaftet worden.

Drahtlose Telegraphie und Schifffahrt.

Wenn man den gewaltigen Fortschritt ermessen will, den die drahtlose Telegraphie im Dienste der Schifffahrt in dem letzten Jahrzehnt zu verzeichnen hat, dann muß man zurückgreifen auf die etwa von 1908 beginnende Periode, innerhalb derer, besonders durch die technischen und diplomatischen Fähigkeiten der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie (Telefunken) zuerst eine nennenswerte Zahl von Passagierdampfern mit den neuen tönenden Hörfunkensendern versehen wurde. Diese Periode endete etwa mit der Londoner Titanic-Konferenz im Jahre 1912, auf der die Ausrüstung aller Fahrgastdampfer mit drahtloser Telegraphie als wichtigstes Hilfsmittel zur Sicherung der Ueberseeschifffahrt international anerkannt wurde. Innerhalb dieser Periode hatte man es mit relativ geringen Reichweiten der Bordstationen zu tun, die wohl ausreichten, um mit in der Nähe befindlichen Schiffen in Verkehr zu treten, keinesfalls aber, um etwa Radiotelegramme von Passagieren direkt an eine heimliche Radiostation abzusehen. Solche Telegramme konnten nur einer benachbarten Bordstation übermittel werden, die sie entweder wieder an ein anderes Schiff zur

Weiterbeförderung funkte, oder im günstigsten Fall in der Lage war die Nachrichten an die nächstgelegene Küstenfunkstelle abzugeben, von der sie durch Draht an den Empfänger befördert wurden. Aus diesem Grunde erwies es sich z. B. in diesen Jahren als unmöglich, die zur Ueberlicht über die voraus-sichtliche Wetterveränderungen sehr wichtigen meteorologischen Beobachtungen von Schiffen vom Atlantik drahtlos so rasch zur Küste zu befördern, das das englische Meteorological Office und die deutsche Seemarte noch Gebrauch davon machen konnten. Entsprechend war es mit dem Empfang bestellt, der mit Hilfe der damals allein gebräuchlichen einfachen Detektor-Empfänger nur geringe Entfernungen überbrückte.

Wie anders liegen heute die Verhältnisse! Durch die Erfindung des ungedämpften Senders, wie durch die wunderbaren Kathodenröhren als bereitwillige Helfer zur viertausendfachen Empfangsverstärkung und zur Umformung der schnellen elektrischen Schwingungen in hörbare Frequenzen ist das Sendebereich und Empfangsbereich heute nicht mehr auf einen einzelnen Ozean beschränkt. So besitzt z. B. der prächtige Schnelldampfer „Cap Polonio“ der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiff-fahrts-Gesellschaft eine moderne 1 KW-Röhrensender-Station, die noch auf eine Entfernung von 3300 Seemeilen, d. h. über 6000 Km., Telegramme der Passagiere unmittelbar an die deutsche Station Norddeich absetzen kann. Ihre Empfangseinrichtung erlaubt nicht nur auf hoher See den lauten Empfang der Oper von Rio de Janeiro und eines drahtlos übermittelten Kirchenkonzertes von Montevideo, sondern es konnte sogar im furchtlichsten Feuerland der Preßedienst und das Zeltsignal unserer Großstation Nauen in 15000 Km. Entfernung klar und deutlich abgehört werden! Ein Erfolg, auf den ebenso die Gesellschaft für drahtlose Telegraphie wie die stets vorwärts schreitende „Hamburg-Süd“ stolz sein kann.

Die Not im deutschen Volke ist so groß geworden, daß die Regierung keine Hilfe mehr leisten kann. Deste höhere Anforderungen müssen an die private Wohltätigkeit gestellt werden. In Oldenburg hat man den überaus glücklichen Gedanken der „Nachbarschaften“ gefaßt und durchgeführt. Der oldenburgische Staat hat dazu Leute von Rang und Ansehen herangezogen, die selbständig die Unterstützung einrichten. Seit Wochen ist bereits die nachbarliche Hilfe im Gange. Das städtische Wohlfahrtsamt macht die Pflegerlinge eines jeden Bezirkes namhaft und der Wohlfahrtspfleger oder die Pflegerin tritt mit einer geeigneten Persönlichkeit in der Straße oder dem Viertel, in dem der Pflegerling wohnt, in Verbindung. Es wird dann in jedem Einzelfalle vereinbart, was die kleine Notgemein-

schaft, die sich unter Führung dieser Persönlichkeit zusammen-tut, für den Bedürftigen aufzubringen hat. Der Kaufmann nimmt dann z. B. die Zucker-, Brot- und Gemüsemengen in Obhut, die sich die Fürsorger als ihren Beitrag beim eigenen Einkauf abziehen lassen. Der Gevatter Schuster nimmt die Ratenzahlungen auf das neue Paar Schuhe entgegen, das der Pflegerling bitter nötig braucht, usw. Die einzelnen Geber sollen nicht wissen, wem sie ihre Hilfe zuwenden. Nur die Vertrauenspersonen, die die ganze Sache leiten, sind eingeweiht. Es liegt darin eine Rücksichtnahme auf den Unterstügten, dem man das drückende Gefühl des Beschenktwerdens ersparen will.

Was ein Turner in München erlebte. Ein arges Mißgeschick passierte einem Burshen von Hengersberg (Niederbayern), der gelegentlich des Turnfestes in München weilte. Er ließ sich das Münchener Bier so munden, daß er abends aus Trunkenheit sein Quartier nicht mehr auffinden konnte. Es blieb ihm daher nichts anderes übrig, als im Freien zu nächtigen. Dieses Freiquartier sollte ihm jedoch teuer zu stehen kommen. Als er in der Frühe wieder zu Sinnen gekommen, seine Lage betrachtete, waren Uhr, Geld und selbst die Stiefel verschwunden.

Der verhängnisvolle Zahn. In Lohr a. Main sind durch einen merkwürdigen Unglücksfall die Geschwister Elisabeth und Adolf Hettinger aus Neuenhof ums Leben gekommen. Beim Durchschwimmen des Mains löste sich dem Mädchen ein künstlicher Zahn und kam in die Luftröhre. Die tüchtige Schwimmerin sank hierauf unter. Ihr Bruder, der sie retten wollte, ertrank ebenfalls.

Fünffacher Kinderlegen in einem Jahr. Eine Klapperstorchgeschichte wird aus Berlin berichtet. Meister Udebar besuchte dort eine Tischlersfamilie zum zweitenmal binnen zwölf Monaten und brachte beim erstmaligen Zwillinge, beim zweitenmal Drillinge mit. Die ganze Kompanie befindet sich durchaus wohl und munter. Ein gleicher Fall dürfte wohl kaum jemals dagewesen sein.

Fünf Generationen in einer Familie. Dem Kiffraath in Köln wurde dieser Tage ein Töchtergen geboren. Das Kind erfreut sich außer der Mutter noch einer Großmutter, einer Urgroßmutter und einer Ur-Urgroßmutter. Diese ist 99 Jahre alt und fühlt sich in einem Kreise von über 100 Enkeln und Urenkeln noch recht wohl. Der Fall dürfte in Deutschland einzig dastehen.



American Line
Gegründet 1871
Regelmäßiger Passagierdampferdienst
mittels Doppelschrauben- und Dreischraubendampfer

Hamburg-New York

„Manchuria“	18. August
„Finland“	25. August
„Mongolla“	1. Sept.
„Minnekahda“	8. Sept.
„Kroonland“	15. Sept.

White Star Line
Bremen-New York

„Canopic“	24. August
„Pittsburgh“	14. Sept.
„Canopic“	28. Sept.

Hervorragende Einrichtung der Kajüte und 3. Klasse.
Vorzügliche Verpflegung.
Auskunft erteilt die Passage-Abteilung der

White Star Line
American Line
Alsterdamm 39 Hamburg
oder deren Vertreter in **Heidelberg:**
Hermann Rettig & Co.
Bureau: Hauptstr. 77 im Hotel Wagner.
Telegr.-Adr. Ponte. Telefon 2206.
in **Sinsheim a. Els.:**
Abraham Seligmann
Neben dem Rathaus.

Solbad Rappennau
geöffnet vom 1. Mai bis Ende Oktober.
Badezeit:
Werktags: Vormittags von 8—12 Uhr, nachmittags von 1—3 Uhr. Sonntags: von vorm. 8 bis nachm. 3 Uhr.

Druckarbeiten
für Handel, Gewerbe, Behörden und Private
wie

Postkarten	Besuchskarten
Mitteilungen	Verlobungskarten
Briefbogen m. Firma	Trauerbriefe
Rechnungen	Trauerkarten
Briefhüllen m. Firma	Dankfagungskarten
Frachtbriefe	Eintrittskarten
Anhänger	Quittungen

und sonstige Formulare aller Art
Liefert bei sorgfältiger Ausführung und reellen Preisen die

G. Becker'sche Buchdruckerei
Buchbinderei und Papierhandlung
Sinsheim.

NACH SUDAMERIKA



DEUTSCHE PASSAGIERDAMPFER
MIT VORZÜGLICHEN EINRICHTUNGEN FÜR REISENDE ERSTER ZWEITER UND DRITTER KLASSE / MODERNE DRITTE KLASSE MIT ZWEI, VIER- UND SECHS BETTIGEN KABINEN SPEISESAAL UND GESELLSCHAFTSRAUM

NÄCHSTE ABFAHRTEN VON HAMBURG

13. Sept. „Cap Polonio“
4. Okt. „Antonio Delfino“
25. Okt. „Cap Norte“

AUSKUNFT erteilt
HAMBURG-SÜDAMERIKANISCHE DAMPSCHIFFFAHRTS-GESELLSCHAFT
HAMBURG & HOLLZDRUCKE & BEIM HOFENMARKT
V E R T R E T E R
Hermann Rettig & Co., Heidelberg
Hauptstr. 77, im Hotel Wagner. Tel. 2206.

Ziifunwäggä
Hornhaut, Schwiele und Warzen besetzt
Kukiro! In viel Millionen Fällen glänzend bewährt.
in Apo'h. u. Droge. erhältlich. Gegen Brennen, Fußschweiß u. Wundlaugen Kukiro-Fußbad.
Drogerie A. Engel.

Reparaturen
an Dezimal-, Bleh- und Fuhrwerksmaagen, sowie aller anderen Systeme werden stets fachmännisch und rasch ausgeführt von

Oswald Jakob
Waagenfabrik
Neckarelz.

In der Fabrik reparierte Waagen werden stets geeicht zurückgeschickt. Lieferung von neuen Waagen jeder Größe und Tragkraft, speziell Dezimalwaagen.

Achtung!
Lanz'-Centrifugen
liefert preiswert
Herm. Reichensperger
Vertretungen
Mannheim, Eichelheimerstr. 49.

Max Meyer, Bankgeschäft, Heilbronn
Gegründet 1886.

Filiale Sinsheim a. E. (Bahnhofstr.)

An- und Verkauf
sämtlicher notierter und unnotierter
Wertpapiere.